Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 60 (1968)

Heft: 11

Artikel: Gesamtwürdigung : Schlusskapitel aus "Der Landesstreik 1918"

Autor: Gautschi, Willi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354356

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

seitherige Entwicklung darf deshalb festgestellt werden, daß der Generalstreik auch seine positiven Auswirkungen hatte. Er bedeutete das Ende eines überholten politischen Systems, die grundsätzliche Abwendung vom Manchesterliberalismus, den Durchbruch zum modernen Wohlfahrtsstaat. Mochte es nachher noch manche Rückschläge geben, der Generalstreik stellte doch die Weichen für eine gerechtere politische und soziale Ordnung in unserem demokratischen Staatswesen. Probleme und Aufgaben dieses Staates wandeln sich, und jede Generation hat sie in den ihr zeitgemäßen Formen neu zu lösen. Die Zukunft der schweizerischen Demokratie hängt darum entscheidend davon ab, daß sie immer eine Regierung und ein Parlament besitzt, die die Zeichen der Zeit erkennen, vorausschauend planen, notwendige Reformen durchführen und allen ihren Bürgern Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Ebenso lebenswichtig aber ist es für den demokratischen Staat, daß die Menschen, die ihn verkörpern, wachen und kritischen Geistes den Stand der öffentlichen Geschäfte verfolgen, sich ihrer eigenen staatsbürgerlichen Pflichten nicht entschlagen und bereit sind, ihren Teil an der Verantwortung für das Wohl der Gesamtheit zu übernehmen.

Paul Schmid-Ammann, Zürich

Gesamtwürdigung*

Eine unvoreingenommene und sorgfältig abwägende Prüfung der Faktoren, welche den Ausbruch des Landesstreiks begünstigten, führt zum Ergebnis, daß die Ereignisse vom November 1918 vorwiegend bewirkt wurden *durch die wirtschaftliche Bedrängnis*,[1] in die breite Schichten des Schweizervolkes durch die Kriegsverhältnisse geraten waren. Die Empörung liegt hauptsächlich in Gegebenheiten begründet, die *ökonomischen* Ursprunges sind. Darüber hinaus waren am Entstehen einer revolutionären Situation zweifellos weitere Kräfte beteiligt, die zu charakterisieren in der folgenden Zusammenfassung versucht werden soll.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft fühlte sich zurückgesetzt und lebte der Auffassung, der Bundesrat wahre in erster Linie die Interessen der bürgerlichen, besitzenden Klasse, sei aber nicht bereit oder nicht in der Lage, in genügender Weise auch für das Wohl der Werktätigen einzustehen. In diesem Sinne war das Vertrauen des Mehrteils der Arbeiterbevölkerung den Bundesbehörden gegenüber verlorengegangen.

* Schlußkapitel aus «Der Landesstreik 1918», Benziger-Verlag, Zürich-Einsiedeln
[1] Alle Auszeichnungen von uns. Redaktion «Rundschau».

Gewiß hatte die aufrührerische Propaganda der Linken mitgeholfen, das Vertrauen in die Behörden zu untergraben; doch ist die Auffassung unhaltbar, daß *die Agitation allein* die revolutionäre Stimmung verursacht hätte. Bei aller Anerkennung der Bedeutung einer geschickt gelenkten Aufreizung ist doch festzuhalten, daß in einem demokratischen Staatswesen Meinungen und Stimmungen nicht beliebig manipuliert werden können. Ebenso falsch wäre es aber, die damalige Landesbehörde für die Entwicklung der Dinge verantwortlich machen zu wollen. Die Ereignisse können *nur im Rahmen der internationalen sozialen und politischen Verhältnisse* verstanden werden; eine Anzahl verschiedenartigster Umstände hatte die Massenbewegung ermöglicht. Die geistigen Ausstrahlungen der russischen Emigranten auf die schweizerische sozialistische Bewegung dürfen nicht geleugnet und nicht zu gering veranschlagt werden; doch ist undenkbar, daß deren revolutionäres Gedankengut einen Resonanzboden gefunden hätte, wenn nicht, durch die Bedingungen der Kriegszeit erzeugt, eine tiefgreifende, allgemeine politische Mißstimmung vorhanden gewesen wäre. Die Alternative «kein Lenin – kein Generalstreik» ist abzulehnen. Grimm, als eigentlicher Träger des Generalstreikgedankens, schöpfte seine Anregungen aus anderer Quelle.

Es wäre vollständig *unhistorisch*, Grimm, dem Präsidenten des Aktionskomitees, die Schuld an der Krise zuzuschreiben. Gewiß war er Protagonist und auf weite Strecken die treibende Kraft der Generalstreikbewegung; doch haben wir in ihm den Exponenten eines kollektiven Willens zu erblicken, der über ihn selber hinauswuchs. Die Entschlüsse Grimms wuchsen und reiften im Spannungsfeld der Wechselbeziehungen zwischen ihm und der Arbeiterschaft.

Die sozialpolitischen Ideen der Zeit und die revolutionäre Gesamtlage Mittel- und Osteuropas bei Kriegsende zeitigten *erkennbare Rückwirkungen* auf die allgemeine Haltung der schweizerischen Arbeiterschaft. Es liegen jedoch *keine Beweise* dafür vor, daß eine organisatorische Verbindung zwischen ausländischen «Drahtziehern» und dem Oltener Aktionskomitee existiert hätte. Die Tätigkeit der sowjetrussischen Mission in Bern kann in keinen direkten Zusammenhang gebracht werden mit den Entschlüssen, die vom Oltener Komitee gefaßt wurden. Zutreffend ist lediglich, daß persönliche Beziehungen zwischen Grimm und andern maßgeblichen sozialistischen Führern mit einzelnen Mitgliedern der Sowjetgesandtschaft bestanden.

Obwohl die Tätigkeit des Oltener Aktionskomitees weitgehend auf die Vorbereitung und Auslösung eines Generalstreiks ausgerichtet war, wünschte es anfangs November 1918 den Landesstreik *nicht*. Die Entwicklung der Lage in Zürich wuchs ihm über den Kopf. Das Komitee wurde im entscheidenden Moment tatsächlich *durch die Verhältnisse geschoben;* es tat den verhängnisvollen Schritt zur Auslösung der unbefristeten Aktion nicht von sich aus, ohne innerste Überzeugung und in der Meinung, vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus das

kleinere Übel zu wählen, wenn es sich an die Spitze der in Zürich ausgelösten Bewegung stellte und die Zügel in die Hände nahm.

Es liegt *kein beweiskräftiges Indiz* vor, das die weitverbreitete Auffassung erhärten könnte, das Oltener Aktionskomitee habe einen *Umsturz* im Sinne einer mit einem Bürgerkriege verbundenen gewaltsamen Auseinandersetzung geplant. Auch für die Ansicht, daß mittels des ausgelösten unbefristeten Landesstreiks die gesamte Gesellschafts- und Staatsordnung auf unblutige Weise aus den Angeln gehoben werden sollte, besitzen wir *keine hinreichenden konkreten Beweise*. Man lebte zwar im Gefühl des Anbruchs einer neuen Zeit; der Streikaufruf vom 11. November 1918 sprach von der «glücklichen Zukunft», doch hatte das Oltener Komitee *für einen eventuellen Umsturz keine tatsächlichen Vorkehren* getroffen: Weder ein eigenes Regierungsprogramm noch eine neue Verfassung waren vorbereitet worden. Einzig aus rhetorischen Formulierungen ergeben sich Anhaltspunkte, welche die Vermutung bestätigen könnten, daß im Falle eines raschen und weichen Nachgebens des Bundesrates der energische und machtlustige Grimm die Gelegenheit ergriffen hätte, hinsichtlich der sozialistischen Reformen weiterzugehen, als es die öffentlich bekanntgegebenen neun Forderungen ausdrücken. Daß es in diesem Falle zu einer Diktatur des Proletariats nach russischem Muster gekommen wäre, ist unwahrscheinlich, weil entschieden *demokratische Kräfte* der Partei *und föderalistische Tendenzen* innerhalb der Gewerkschaften *stark genug* gewesen wären, um eine derartige Entwicklung zu verhindern.

Trotz dieser eindeutigen Einschränkungen ist zu betonen, daß der Landesgeneralstreik eine durchaus *politische Bewegung* darstellt, die sich in ihrer letzten Tendenz gegen die bestehende Ordnung des Staates richtete: In dem Sinne nämlich, als die Streikleitung versuchte, mit Mitteln, die außerhalb von Verfassung und Gesetz lagen, die Verfassungsnorm und das Tempo der Gesetzgebung zu beschleunigen, handelt es sich hinsichtlich der mit dem Massenstreik verkoppelten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen um einen *revolutionären Versuch*.

Das Wollen der Männer des Oltener Komitees im Dienste der Arbeiterbewegung war jedoch echt und ehrlich. Es handelte sich bei diesen Leuten keineswegs um eigensüchtige Wirrköpfe, sondern um Persönlichkeiten, die sich – in ihrem Sinne – einer tiefen Verantwortlichkeit bewußt waren und die Aufgabe ihres Lebens darin erblickten, den benachteiligten Schichten des Volkes das Opfer ihres persönlichen Einsatzes zu bringen.

Die *Landesregierung* wurde von der Entwicklung der Lage *nicht* überrascht. Entsprechende Gegenmaßnahmen waren nicht nur ins Auge gefaßt, sondern unauffällig rechtzeitig getroffen worden. Wenn der Bundesrat den Entschluß zum Einsatz der Truppen möglichst lange hinausschob, so ist sein Zögern nicht einer Täuschung über die Lage oder mangelnder Tatkraft zuzuschreiben, sondern dem Umstand,

daß die Landesväter aus einer Verantwortung heraus Zurückhaltung übten, die sie anders verstanden als die angriffige Armeeführung. *Das umfangreiche Truppenaufgebot, das prophylaktisch gemeint war, jedoch die Auslösung des Landesstreiks unmittelbar bewirkte, läßt sich eindeutig auf das Drängen der Armeeleitung zurückführen*[2].

Der Landesstreik, als *Anzeichen einer erschütterten Gemeinschaft* des Volkes hatte einen *Mangel an gegenseitigem Verständnis* aufgedeckt, der sich im Gegensatz Bürger – Proletarier äußerte. Die Folge der Erfahrung war einerseits, daß das Bürgertum aus einer gewissen selbstzufriedenen Haltung aufgerüttelt wurde und zur Einsicht gelangte, die sozialen Beziehungen bedürften vermehrter Pflege; die bürgerlichen Parteien, vorab die freisinnige, beschleunigten ihre Anstrengungen zur Ermöglichung eines stärkeren Ausgleichs und bemühten sich, verlorenes Terrain zurückzugewinnen[3]; anderseits mußte die Sozialdemokratie aus der zur Hauptsache mißlungenen Aktion die Lehre ziehen, daß *unsere Referendums-Demokratie für den Klassenkampf ein ungeeignetes Übungsfeld* sei, daß mit Drohungen wenig erreicht wird und daß bleibende Lösungen nicht gewaltsam erkämpft, sondern erdauert werden wollen[4].

In unserem Föderativstaate haben sich extreme Theorien auf die Dauer als wenig lebenskräftig erwiesen. Die gesamte staatspolitische Entwicklung zeigte stets den Hang zum demokratischen Kompromiß. Auch mit Bezug auf die Verwirklichung des Sozialismus erwies sie sich als Sonderfall. Die «Sieger» vom November 1918 lehnten den Sozialismus ab; aber sie konnten sich trotzdem dessen Gedankengut nicht entziehen, das sich, soweit es möglich war, mit bewährter Tradition verband und in versöhnlicher Anwendung zum sozialen Frieden beitrug.

Der Landesstreik aber war weder «an den Bajonetten der aufgebotenen Truppen» noch «an der treulosen Haltung der Streikleitung» gescheitert. Die Gründe des Mißerfolges liegen tiefer: Die Vertreter des Generalstreikgedankens hatten die Bedeutung, die den *irrationalen Kräften in Staat und Geschichte* zukommt, zu wenig in Rechnung gestellt. Tradition und Sitte, die unsichtbaren und bewußten Bande

[2] Die Versuchung wäre groß, den Ereignissen vom November 1918 schließlich eine psychologische Deutung im Sinne von Gruppen-Projektionen zu geben. Eine derartige Analyse müßte sich im Rahmen der von der Psychologie C. G. Jungs beeinflußten Ideen Karl Schmids halten und würde wahrscheinlich zu Ergebnissen führen, die dem Bereich von Hochmut und Angst zuzuordnen wären. Vergleiche Karl Schmid, Hochmut und Angst, Betrachtung zur seelischen Lage des heutigen Europa, Zürich 1958, und Urs Schwarz, Die Angst in der Politik, Düsseldorf 1967.

[3] Ernst Steinmann, Aus Streit und Zeit, Notizen eines Politikers, Bern 1953, Seite 218.

[4] Eugen Huber, Seite 326: «Eine neue Idee kann Jahrhunderte brauchen, bis sie allmählich sich durchsetzt, und wollte sie gewaltsam durchgesetzt werden, so wäre sie nicht mehr dasselbe, wie wenn sie als eine Eiche heranwächst, die auf Jahrhunderte zu leben sich anschickt.»

der Gemeinschaft, wurden zwar im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung als Faktoren der historischen Entwicklung von den sozialistischen Führern durchaus anerkannt, schließlich aber doch entschieden *unterschätzt*. Das Unternehmen scheiterte letzten Endes, weil dank der voll ausgestalteten Demokratie im Bewußtsein der überwiegenden Mehrheit des Volkes – die Arbeiterschaft inbegriffen – der Grundsatz fest verankert war, daß sich irgendwelche Änderungen der politischen Struktur im Rahmen der demokratischen Freiheiten *mit legalen Mitteln* zu vollziehen hätten.

Die Krise, welche der Generalstreik bedeutete, findet ihre Begründung in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der Zeit, ihre Begrenzung in den typischen Bedingtheiten des von der Demokratie geprägten schweizerischen Volkscharakters.

Im Generalstreik von 1918 darf der *Höhepunkt des Emanzipationskampfes der schweizerischen Arbeiterbewegung* erblickt werden. Nicht nur weil es der Arbeiterschaft während des Krieges wirtschaftlich schlecht ergangen war, sondern auch, weil sich im Laufe der industriellen Entwicklung ihr *Selbstbewußtsein* gehoben hatte, kam es zur Probe mit den bisher im Staate tonangebenden Kräften. Die Arbeiterschaft war zwar eine Minderheit, aber sie wollte als wichtiges Element des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens ernst genommen sein. Im Kampf um ihre Anerkennung hatte sie sich in der Anwendung der Mittel nicht wählerisch gezeigt. Nachdem es ihr in der Zwischenkriegszeit gelungen war, sich die ihr zukommende Position zu verschaffen, wurde sie zu einer tragenden Stütze der staatlichen Gemeinschaft[5].

In der nach Konfessionen und Sprachen verschieden gearteten Schweiz, deren Geschichte immer wieder den *Ausgleich* lehrte, wollte der Gedanke des Klassenkampfes *nicht* gedeihen. Die eidgenössische Demokratie als Staatsform gegenseitigen Vertrauens hatte sich bewährt, doch war gleichzeitig klar geworden, daß sie uns *nicht als feste Größe für alle Zeiten geschenkt* ist.

Dr. Willi Gautschi, Baden AG

[5] Daß die Sozialdemokratie dies zu sein gewillt war, zeigte sie durch ihre 1935 erfolgte Stellungnahme für die Landesverteidigung und bewies sie durch ihre Haltung während des Zweiten Weltkrieges.